

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 19/257**

Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein  
Postfach 7107, 24171 Kiel

An den Vorsitzenden  
des Wirtschaftsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Herrn Dr. Andreas Tietze, MdL  
Postfach 7121  
24171 Kiel

**Direktor**

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:  
Mein Zeichen: D  
Meine Nachricht vom:

Herr Conradt  
Torsten.Conradt@LBV-SH.LandSH.de  
Telefon: 0431 / 383-2610  
Telefax: 0431 / 383-2751

6. November 2017

Nachrichtlich:  
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr  
und Technologie des Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Dr. Johannes Jenß - VII KSt 1-  
Postfach 7128  
24171 Kiel

Ausschließlich per e-mail  
[Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de)  
[johannes.jenss@wimi.landsh.de](mailto:johannes.jenss@wimi.landsh.de)

**Betr.: Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund  
hier: Anhörung am 8.11.2017**

Bezug: Ihr Schreiben vom 26. September 2017

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

für die Möglichkeit zur Teilnahme an der o.a. Anhörung zum Thema Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund danke ich Ihnen sehr herzlich. Gerne übermittele ich Ihnen wie erbeten im Vorwege meine schriftliche Stellungnahme.

Ein gut ausgebautes, leistungsfähiges und verkehrssicheres Straßennetz ist Grundlage für die Mobilität von Menschen und Grundvoraussetzung für wettbewerbsfähige Standortbedingungen für Industrie und Handel. Insbesondere der hohe Grad an Arbeitsteilung und die damit verbundenen erforderlichen Austauschbeziehungen erfordern ein leistungsfähiges Straßennetz. Die Entwicklung im Schwer- und Güterverkehr in den letzten Jahrzehnten zeigt eine Vervielfachung des Verkehrs in Quantität und Qualität. Alle Verkehrsprognosen gehen bezogen auf den Güterverkehr von einem weiteren Zuwachs aus. Die Bereitstellung einer guten Infrastruktur ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Um den heutigen wie auch künftigen Anforderungen (u.a. steigende Transportmengen auf den Straßen) gerecht zu werden, sind hohe Investitionsbedarfe für die Erhaltung und sicherlich auch in den Um- und Ausbau der klassifizierten Straßennetze erforderlich.

Sehr zu begrüßen ist deshalb, dass für die Bundesfernstraßen und auch für die Schleswig-Holsteinischen Landesstraßen in den nächsten 10 – 15 Jahren deutlich größere Finanzmittel bereitgestellt werden sollen.

Aus Sicht des LBV.SH wird jedoch diese sehr zu begrüßende Phase eines Investitionshochlaufes von einer kontraproduktiven Organisationsänderungsdebatte überlagert. In einer Phase in der insbesondere bei der Straßenbauverwaltung alle Personalkapazitäten auf die Vorbereitung und Durchführung von Straßenbauprojekten konzentriert werden müssten, um schnellstmöglich den unstrittig vorhandenen Investitionsstau zu beseitigen, müssen große Arbeitsraten in die Vorbereitung eines Aufgabenwechsels vom Land zum Bund investiert werden. Besonders problematisch zu werten ist, dass die vom Bundestag beschlossene Umstrukturierung aus Sicht vieler Beschäftigten als negativ qualifiziert wird. Um Kündigungen und Demotivation entgegenzuwirken, ist aus Sicht des LBV.SH „strukturierte Gegenwehr“ zwingend erforderlich. Diese muss darauf abzielen, Abwanderung zu verhindern. Dazu sind Signale notwendig, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBV.SH keine Sorgen um ihre berufliche Zukunft zu machen brauchen. Völlig unverständlich ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBV.SH daher, dass das Land Schleswig-Holstein als einziges Flächenland die Option prüft, auch die Zuständigkeit für die Bundesstraßen an den Bund abzugeben.

Der LBV.SH weist als Fachverwaltung auf folgende Fakten hin:

1. Verkehrsinfrastruktur kann nur aus einer Gesamtperspektive heraus sinnvoll entwickelt werden.

Die Verkehrsinfrastruktur ist als Gesamtheit zu sehen - nur mit der Verknüpfung aller Teilbereiche kann die größtmögliche Leistungsfähigkeit erreicht werden. Das Vorhalten einer exzellenten und klimaschonenden Verkehrsinfrastruktur ist eine staatliche Kernaufgabe, die diese Landesregierung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt hat. Die Zukunft der Mobilität ist vernetzt, zunehmend emissionsfrei und flexibel. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Individualverkehr werden immer mehr miteinander verschmelzen. Im Koalitionsvertrag wird ausgeführt, dass Verkehrsstaus nicht nur eine Belastung für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger sind, sondern sich auch negativ auf die Umwelt auswirken. Durch die unzureichende Pflege des Straßennetzes in der Vergangenheit wird es in den nächsten Jahren landesweit zu sehr vielen Baustellen kommen müssen. Um jedoch unnötige Verkehrsbehinderungen zu vermeiden, soll das Baustellenmanagement erheblich verbessert werden.

Vor diesen uneingeschränkt nachvollziehbaren Feststellungen ist es für den LBV.SH jedoch nicht nachvollziehbar, dass trotzdem eine Abgabe der Zuständigkeit für die Bundesstraßen an den Bund überhaupt geprüft wird.

Da über den LBV.SH in einer Zuständigkeit für Bundes-, Landes- und zahlreiche Kreisstraßen eine entsprechende Bereitstellung der Infrastruktur sichergestellt werden kann.

Eine zukunftsorientierte strategische Entwicklung des Landesstraßennetzes kann aus Sicht des LBV.SH nur im Netzverbund mit den Bundesstraßen erfolgen.

Sobald es keine landespolitische Steuerung bzw. unmittelbare Einflussnahme auf das Bundesstraßennetz mehr gibt, wird es zu einer Abkopplung strukturschwacher Regionen kommen. Es besteht keine Möglichkeit der landespolitischen Weichenstellungen z.B. für neu zu schaffende oder langfristig zu erhaltende Arbeitsplätze Infrastrukturplanungen auszurichten. Eine Förderung der regionalen Wirtschaft setzt immer auf einem funktionierenden Straßennetz auf, sobald jedoch eine Zuständigkeit nur noch für Teilnetze besteht kann das Land hier nicht mehr entsprechend Gestalten.

2. Nur zusammenhängende Straßennetze können wirtschaftlich betrieben werden.

Der LBV.SH ist stolz darauf die heutige Struktur der Meistereien mit ihrer Zuständigkeit für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter betriebswirtschaftlich optimiert zu haben. Bezogen auf die Längen pro Straßenwärter liegen wir im Bundevergleich sehr weit vorn.

Ein Wegfall der Bundesstraßen in diesem System wird in allen Aufgabenbereichen von der Planung, dem Bau, der Erhaltung, der Unterhaltung und den Betrieb der Landes- und Kreisstraßen zu einer Verteuerung führen, da keine Synergieeffekte mehr genutzt werden können.

3. Um dem Fachkräftemange begegnen zu können, muss der LBV.SH attraktiver Arbeitgeber bleiben.

Mit einer Beschränkung des Aufgabenspektrums auf die Erhaltung von Landes- und Kreisstraßen wird es noch schwieriger, ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen zu können. Neben verbesserten Rahmenbedingungen u.a. beim Thema Entgelt und Arbeitsmodelle, muss der LBV.SH mit attraktiven Arbeitsplätzen im Wettbewerb um kluge Köpfe punkten können. Bei einer Abgabe der Bundesstraßen würde die Attraktivität des LBV.SH deutlich abnehmen, weil Innovationen aufgrund der damit verbundenen Bereitstellungskosten immer vom Bund ausgehen.

4. Der LBV.SH ist bestens aufgestellt, die hohen Anforderungen der Politik an die Infrastruktur des Landes wirksam umzusetzen.

Im Koalitionsvertrag wird ausgeführt, dass ein nachhaltiges Wirtschaften befördert werden soll und dabei Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Chancen für jede und jeden Einzelnen geschaffen werden soll. Ziel der Wirtschaftspolitik sei es, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass die Unternehmen in Schleswig-Holstein sich weiterentwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern können.

Weiter heißt es im Koalitionsvertrag, dass nur eine Gesellschaft, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Mobilität gewährleistet ihnen die Chance eröffnet, sich frei entfalten zu können. Eine gut ausgebaute und den Ansprüchen des Verkehrsaufkommens entsprechende Verkehrsinfrastruktur ist eine Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Leistungsfähige Verkehrswege gehören zu den wichtigsten Standortfaktoren und sorgen für eine umfassende positive wirtschaftliche Entwicklung.

Der LBV.SH ist in seiner heutigen Struktur richtig aufgestellt, das Bundesstraßen-, Landesstraßen- und Kreisstraßennetze effizient und wirtschaftlich zu betreiben und weiterzuentwickeln.

Zu Abschluss meine kurze Einschätzung zur zukünftige Aufgabenerledigung im Straßenbaubereich:

Damit sich der LBV.SH auf die mit dem Investitionshochlauf verbundenen Herausforderungen konzentrieren und die reibungslose Übergabe der Autobahnen an den Bund vorbereiten kann, ist eine möglichst rasche Entscheidung über den Verbleib der Bundesstraßen notwendig.

Eine zügige und professionelle Umsetzung der von der Landesregierung gewünschten Projekte wird nicht allein durch die DEGS oder andere externe Planer erreicht werden können. Eine eigenständige, hochqualifizierte und leistungsfähige Straßenbauverwaltung ist und bleibt die Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Aufgabenwahrnehmung der Straßenbaulast.

Für weiterführende Erläuterungen stehe ich Ihnen bei Bedarf selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
gez.  
Torsten Conradt